



Abb. 1: Ziele der Wirtschaftspolitik – ein magisches Vieleck

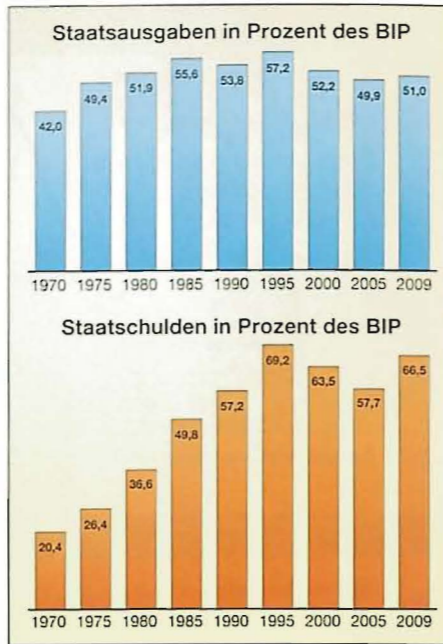


Abb. 2: Wachstum der Ausgaben und Schulden

Was geschieht mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger?

Öffentliche Aufgaben erfordern öffentliche Ausgaben

Während der letzten Jahrzehnte übernahm der Staat immer neue Aufgaben. Das Wachstum der Aufgaben (Abb. 3) und damit auch der Ausgaben (Abb. 2) ist nicht nur in Österreich, sondern in fast allen Industriestaaten zu beobachten. Da es nicht möglich ist, alle wünschenswerten Ziele in einer Volkswirtschaft gleichzeitig in vollem Umfang zu verwirklichen, spricht man vom „magischen Vieleck“ (Abb. 1).

Die Sicherung der **Vollbeschäftigung** hatte in den vergangenen Jahrzehnten Vorrang vor allen anderen Zielen der Volkswirtschaft. Der rasche Anstieg der Staatsverschuldung war der Preis für die **Beschäftigungspolitik** (Abb. 2). Die Anteile der vier Aufgabenbereiche bei den Staatsausgaben des Jahres 2009 von insgesamt 143,4 Mrd. € sind in Abbildung 4 dargestellt.

Zwei Entwicklungen erfordern eine weitgehende Erneuerung der **Haushaltspolitik** (Budgetpolitik):

- **Zinsen und Rückzahlungen** für die aufgenommenen Kredite engen die Möglichkeit, über den Staatshaushalt (Budget) die Wirtschaft positiv zu beeinflussen, immer mehr ein.
- Die Mitgliedstaaten der EU haben vereinbart, nahezu **ausgeglichene Haushalte** zu erreichen oder gar Überschüsse zu erwirtschaften. Außerdem sollen die Staatschulden unter 60 % des BIP fallen (vgl. dazu Abbildung 11 auf Seite 126).

Ende 2010 betrug die **Staatsverschuldung** etwa 207 Mrd. €. Das entspricht einer Verschuldung von 24 829 € für jeden Einwohner. Mehr als drei Viertel der Schulden entfallen auf den Bund (Abb. 2). Der Rest entfällt auf Länder und Gemeinden.

Woher stammt das Geld für die öffentlichen Ausgaben, wohin fließt es?

Eine Gegenüberstellung der zu erwartenden Einnahmen und geplanten Ausgaben des Bundes für das Jahr 2010 zeigt uns der Budget-Voranschlag (Abb. 5). Durch

Ordnungsaufgaben	Versorgungsaufgaben	Soziale Sicherheit	Stabilisierungsaufgaben
Recht, Ordnung und Sicherheit als Grundlage für die Funktionsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft	Bereitstellung von Infrastruktur und anderen Dienstleistungen für Bevölkerung und Unternehmen	Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit	Sicherung der Vollbeschäftigung, Beiträge zur Steuerung der Konjunktur
Verwaltung (Bund, neun Bundesländer, 2 358 Gemeinden und etwa 1 480 weitere öffentliche Einrichtungen), Landesverteidigung, Polizei, Gerichtswesen	Wirtschaftliche Angelegenheiten, Umweltschutz, Wohnungswesen, Gesundheitswesen, Bildungswesen, Sport und Kultur, Freizeitgestaltung; Förderung von Technik, Lebensqualität und Ausbildung	Finanzielle Leistungen für Alter, Gesundheit, Familien, Behinderung, Arbeitslosigkeit sowie Armut, Pflegebedürftigkeit; wichtigster Einzelposten sind Pensionen	z. B. Belebung der Wirtschaft bei einer Wirtschaftskrise durch vorgezogene öffentliche Aufträge – Gefahr der Ausweitung der Staatschulden und der Zinszahlungen

Abb. 3: Öffentliche Aufgaben



Abb. 4: Ausgaben aller etwa 3 850 öffentlichen Haushalte im Jahr 2009 (143,4 Mrd. €)

Einnahmen des Bundes		Ausgaben des Bundes	
Sonstige Einnahmen: Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Gebühren, Einnahmen aus Bundesbetrieben, Verkauf von Bundesbetrieben	15,245	Recht und Sicherheit	7,973
Direkte Steuern: Lohn-, Einkommen-, Körperschaft-, Kapitalertragsteuer ...	26,700	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	33,010
Indirekte Steuern: Umsatz-, Mineralöl- und Tabaksteuer, Gebühren und Zölle, Kfz-Steuer, sonstige Abgaben	22,100	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	11,870
		Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	9,116
		Zinsen und Spesen	6,811

Abb. 5: Einnahmen und Ausgaben des Bundes (in Mrd. €), Budget-Voranschlag für 2010

die tatsächliche Entwicklung der Wirtschaft ergeben sich Abweichungen. Werdegang und Kontrolle des Budgets sind in Abbildung 6 dargestellt.

Die wichtigsten Einnahmequellen sind **Steuern und Abgaben**. Im Jahr 2009 waren das 42,3 % des BIP. Diesen Prozentsatz bezeichnet man als **Abgabenquote**. Damit lagen wir knapp über dem EU-Durchschnitt (Abb. 10). Alle EU-Staaten weisen steigende Abgabenquoten auf.

Bei den Steuern und Abgaben unterscheidet man:

- **Direkte Steuern** auf Einkommen und Vermögen. Dazu zählen die Lohnsteuer der Unselbstständigen, die der Arbeitgeber abzieht und an das Finanzamt weiterleitet, und die Einkommensteuer der Selbstständigen, die → Körperschaftsteuer sowie die Kapitalertragsteuer auf Zinsen.
- **Indirekte Steuern** sind jene Steuern, die „versteckt“ in den Preisen der Güter und Dienstleistungen enthalten sind. Die wichtigste Steuer ist die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Außerdem zählen dazu die im Treibstoffpreis enthaltene Mineralölsteuer, die Tabaksteuer und die Kfz-Steuer.

Sozialversicherungsbeiträge sind Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Pensions-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung).

Österreich ist ein Bundesstaat, in dem die Aufgaben auf Bund, Länder, Gemeinden und andere öffentliche Einrichtungen aufgeteilt sind. Dazu zählen u. a. die Sozialversicherungsträger und die Kammern (Abb. 6 auf Seite 95). Die Gesamtrechnung des Staates wird zu vier Ebenen zusammengefasst:

- **Bundesebene:** Bund, → Bundesfonds, Bundeskammern
- **Landesebene:** acht Bundesländer, Landeskammern
- **Gemeindeebene:** Gemeinden inklusive Wien
- **Sozialversicherungsträger**

Bei der Berechnung der Staatsausgaben werden alle vier Ebenen zusammengerechnet (Abb. 12). Im Jahr 2009 waren dies 143,4 Mrd. € oder 51 % des BIP. Dieser Prozentsatz wird als **Staatsquote** bezeichnet und für internationale Vergleiche herangezogen. Die EU fordert in ihrem Stabilitätsprogramm eine Senkung der Staatsquote und der **Schuldenquote**. Sie gibt die Verschuldung eines Staates in Prozent des BIP an. In einigen EU-Ländern liegt sie weit über den angestrebten 60 % (Abb. 11).

Steuern und Abgaben werden in erster Linie vom Bund eingehoben. Länder und Gemeinden haben für ihre Aufgaben zu geringe Einnahmen. Sie bekommen daher durch den alle paar Jahre neu auszuhandelnden **Finanzausgleich** vom Bund jährlich finanzielle Zuschüsse.

Kleinere Gemeinden bekommen pro Einwohner geringere Anteile angewiesen als große Gemeinden. Vor allem Städte erhalten höhere Anteile. Damit wird die stärkere Kostenbelastung berücksichtigt.

- ?
1. Warum spricht man vom magischen Vieleck (Abb. 1)?
 2. Welche Aufgaben hat die öffentliche Hand (Abb. 3)?
 3. Wie haben sich die Staatsausgaben und die Staatschulden entwickelt (Abb. 2)?

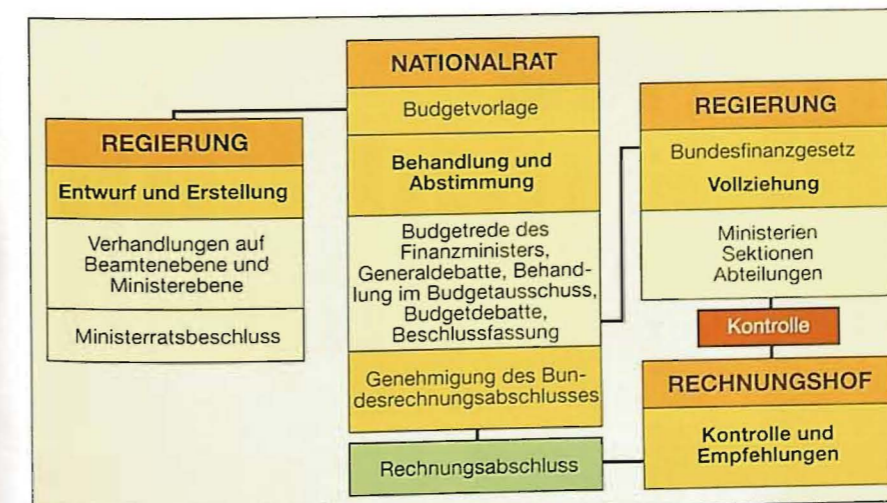


Abb. 6: Der Budgetkreislauf

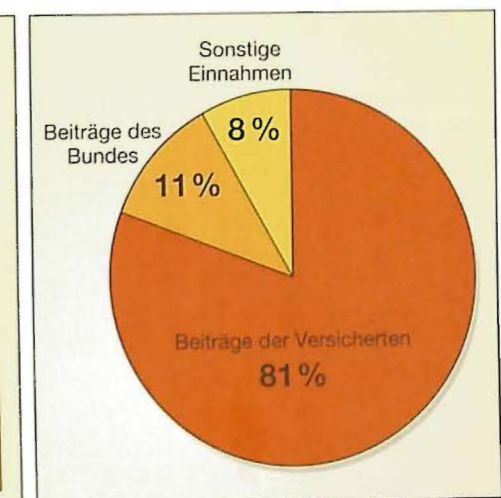


Abb. 7: Einnahmenstruktur der Sozialversicherung